zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Großgöttfritz

Ausgabe · September 2026 | 561592/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Einmalige Chance – von der ÖVP Großgöttfritz nicht genutzt

Wir haben nichts gegen den Bau von Güterwegen – **vorausgesetzt, es handelt sich um öffentliches Gut und der Nutzen für die Allgemeinheit ist klar gegeben.**

Was wir jedoch entschieden ablehnen, ist die Finanzierung privater Projekte mit öffentlichen Mitteln. **Der verantwortungsvolle Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger muss oberste Priorität haben.**

Im Gemeinderat bestand grundsätzlich Einigkeit darüber: Gemeindegeld soll für Wege eingesetzt werden, die sich im Eigentum der Marktgemeinde befinden und damit der Allgemeinheit zugutekommen. Aus unserer Sicht wurde dieser Grundsatz bei der aktuellen Vorgangsweise jedoch nicht ausreichend berücksichtigt.

Wenn argumentiert wird: **„Jetzt haben wir den Weg hergerichtet, jetzt ist er auch öffentlich zugänglich“**, wird die Problematik besonders deutlich. Öffentliche Nutzung und öffentliches Eigentum sind zwei unterschiedliche Dinge und dürfen nicht miteinander verwechselt werden.

„Dein ist dein und mein ist mein.“ Eigentumsverhältnisse müssen respektiert werden – im privaten genauso wie im öffentlichen Bereich. Dieser Grundsatz sollte für jeden Gemeindemandatar selbstverständlich sein.

Öffentliches Gut endlich eindeutig vermessen

Deshalb fordern wir auch, dass das öffentliche Gut in den Katastralgemeinden endlich **ordnungsgemäß vermessen, eindeutig festgestellt und nachvollziehbar dokumentiert** wird.

Jede Privatperson muss vor Beginn eines Bauvorhabens oder einer Bautätigkeit klären, wo die eigenen Grundstücksgrenzen verlaufen und auf welchem Grund gebaut werden darf. **Warum sollte für die Gemeinde etwas anderes gelten?**

Auch die öffentliche Hand hat die Verantwortung, Eigentums- und Grundstücksgrenzen eindeutig festzustellen, bevor auf diesen Flächen gebaut oder eine Bautätigkeit durchgeführt wird.

Eigentum und öffentliches Interesse müssen getrennt werden

Ein Weg wird nicht automatisch öffentlich, nur weil er im öffentlichen Interesse liegt oder von mehreren Personen genutzt wird. **Das gilt ebenso für Gewässer.** Auch die Bestimmungen des Straßengesetzes, insbesondere § 7, die uns auf Anfrage vorgelegt wurden, ändern nichts daran, dass Eigentumsverhältnisse, Zuständigkeiten und die Finanzierung eindeutig geregelt sein müssen.

Genau deshalb brachte die FPÖ Großgöttfritz den Vorschlag ein, das Wegebudget für die Katastralgemeinden um **30 Prozent zu reduzieren** und dafür Siedlungsstraßen sowie Zufahrtswege zu Bauland seitens der Gemeinde vollständig zu übernehmen.

Der Hintergrund ist klar: Siedlungsstraßen und Zufahrtswege für Bauland sollen künftig von der Gemeinde mit **75 Prozent direkt finanziert** werden. Eine Anpassung des Wegebudgets hätte aus unserer Sicht die Möglichkeit geschaffen, die vorhandenen Mittel gezielter einzusetzen und gleichzeitig mehr Transparenz zu schaffen.

Dieser Antrag wurde von der ÖVP-Mehrheit mit 12 Gegenstimmen abgelehnt. Damit wurde aus unserer Sicht eine einmalige Chance vertan, die vorhandenen finanziellen Mittel neu zu ordnen und dort einzusetzen, wo sie der Allgemeinheit unmittelbar zugutekommen.

Transparenz und rechtskonformes Handeln

Wenn ein Privatweg künftig öffentlich genutzt oder sogar in das öffentliche Gut übernommen werden soll, müssen aus unserer Sicht klare Voraussetzungen geschaffen werden:

1. **Der Grundeigentümer stellt die erforderlichen Flächen zur Verfügung.**
2. **Der Gemeinderat entscheidet über die Notwendigkeit und eine mögliche Übernahme in das öffentliche Gut.**
3. **Die Finanzierung muss vor Beginn des Bauvorhabens gesichert sein.**

Erst danach sollten die weiteren Schritte erfolgen:

- Einreichung beim Land Niederösterreich,
- Prüfung möglicher Förderungen,
- konkrete Planung und
- Umsetzung des Projektes.

Nach unserem Kenntnisstand wurden diese Schritte nicht ausreichend berücksichtigt. **Gerade bei der Verwendung von Steuergeld braucht es klare Regeln, Transparenz und nachvollziehbare Entscheidungen.** Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass zuerst gebaut und erst danach über Eigentum, Zuständigkeit und Finanzierung gesprochen wird.

Vernünftige Prioritäten statt Prestigeprojekte

Die finanzielle Situation vieler Gemeinden in Niederösterreich zeigt, dass Investitionen heute sorgfältiger denn je gereiht werden müssen. Für uns gilt daher eine klare Reihenfolge:

- notwendige Infrastruktur,
- Wasser- und Abwasserversorgung,
- sichere Verkehrswege,
- Wege- und Straßenbau,
- Kinderbetreuung, Familie, Jugend
- Unterstützung unserer Vereine.

Steuergeld ist kein Selbstbedienungsladen

Die Gemeinde hat gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern Verantwortung. Deshalb müssen öffentliche Mittel dort eingesetzt werden, wo sie einen **klaren, nachvollziehbaren und nachhaltigen Nutzen für die Allgemeinheit** bringen.

Die FPÖ Großgöttfritz steht für **klare Eigentumsverhältnisse, transparente Entscheidungen und einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger.**

Alle Bürger müssen gleichbehandelt werden. Entscheidungen der Gemeinde müssen nachvollziehbar, transparent und im Interesse der Allgemeinheit getroffen werden.

Dem Voranschlag 2026 haben wir nicht zugestimmt, weil er aus unserer Sicht zu wenig Klarheit bietet, finanzielle Risiken offenlässt und keine ausreichende Schwerpunktsetzung erkennen lässt.

Die FPÖ Großgöttfritz brachte außerdem einen Antrag ein, **generell keine Erhöhung von Gemeindeabgaben vorzunehmen.** Dazu zählt beispielsweise auch die Anhebung des Einheitssatzes zur Berechnung der Aufschließungsabgabe.

Auch die Erhöhung der Elternbeiträge sowie des Bastelbeitrages für Kindergartenkinder sehen wir kritisch. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten muss die Gemeinde darauf achten, Familien nicht zusätzlich zu belasten.

Zur Erinnerung an das Gelöbnis jedes Gemeinderates

Jeder Gemeinderat legt ein Gelöbnis ab: „Ich gelobe, die Bundes- und Landesverfassung und alle übrigen Gesetze der Republik Österreich und des Landes Niederösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Marktgemeinde Großgöttfritz nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Dieses Gelöbnis ist für uns nicht nur eine Formalität. Es ist eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern.

Wir stehen für Verantwortung

Wir stehen auf.
Wir schweigen nicht.
Und wir sprechen Probleme an.
Wir setzen uns dafür ein, dass Gemeindegeld verantwortungsvoll, transparent und zum Nutzen aller Bürger eingesetzt wird.

Wir sind jederzeit zu einem sachlichen Gespräch bereit. Voraussetzung dafür sind gegenseitiger Respekt und die Bereitschaft, gemeinsam gefasste Entscheidungen ernst zu nehmen.

Politische Arbeit darf nicht von persönlichen Befindlichkeiten geprägt sein. Es geht um die Sache und um das Wohl unserer Gemeinde.



Handschlagqualität braucht Verlässlichkeit

Wir haben bisher nur selten schriftliche Anträge eingebracht, weil für uns **Handschlagqualität, gegenseitiger Respekt und Vertrauen** immer eine wichtige Grundlage der politischen Arbeit waren.

Die vergangenen Erfahrungen haben jedoch gezeigt, dass klare schriftliche Anträge notwendig sind, damit Entscheidungen nachvollziehbar bleiben und Zusagen nicht einfach in Vergessenheit geraten.

Forderungen der FPÖ Großgöttfritz

Wir setzen uns unter anderem ein für:

- einen **Parkplatz beim Arzthaus**,
- einen sicheren und **barrierefreien Zugang zum Haupteingang des Kindergartengebäudes,**
- eine **gesicherte Zufahrt zum Löschwasserteich** sowie die Erneuerung bestehender Freizeiteinrichtungen in Großgöttfritz,
- die **Schaffung neuer Bauplätze**,
- PV-Anlagen und Speicher an allen öffentlichen Gebäuden
- sowie eine stärkere **Unterstützung unserer engagierten Vereine**, die einen wichtigen Beitrag für Sicherheit, Ordnung, Gemeinschaft und Zusammenhalt leisten.

Da möchten wir gleich die Gelegenheit nützen, uns im Gegensatz zur Gemeindeführung von Großgöttfritz, beim Vorstand und seinen Mitgliedern der aufgelösten Jugend Großgöttfritz für die geleistete Arbeit und das Engagement zu bedanken.

Die Jugend Großgöttfritz war die erste Jugendorganisation in unserer Gemeinde, die sich bewusst **unpolitisch und überparteilich** engagiert hat. Gerade deshalb ist es umso bedauerlicher, wenn solche Leistungen von der Gemeindeführung offenbar nicht die Anerkennung erfahren, die sie verdienen.

Dem neuen Vorstand und den Mitgliedern der Landjugend Großgöttfritz wünschen wir für die Zukunft viel Erfolg. Wir hoffen, dass auch sie sich nicht politisch vereinnahmen lassen, sondern ihren Weg unabhängig, unpolitisch und überparteilich weitergehen. Die volle Unterstützung der FPÖ Großgöttfritz wird zugesagt.

Viele unserer Vorschläge wurden zunächst nicht unterstützt und später dennoch umgesetzt. **Beispiel: Heizhaus.**

Für uns zeigt sich daran einmal mehr: Gute Ideen sollten nicht danach beurteilt werden, von wem sie kommen, sondern danach, **ob sie für die Gemeinde und ihre Bürger sinnvoll sind.**

Verantwortung beginnt bei den Entscheidungsträgern

Politische Verantwortung muss auf allen Ebenen gelebt werden: **Bund → Land → Bezirk → Gemeinde**
Transparenz, Sparsamkeit und Ehrlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern müssen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.
Politik darf nicht nur kurzfristige Versprechen erfüllen. Sie muss langfristig denken und für die Menschen arbeiten.

Gerade auf Gemeindeebene ist es höchste Zeit, dass Gemeinderäte stärker aufstehen und gegen **unsinnige oder praxisferne Gesetze und Verordnungen** ihre Stimme erheben.

Wir sind als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger nicht dazu da, jede Vorgabe aus Land und Bund widerspruchslos hinzunehmen.

Wenn gesetzliche Bestimmungen in der Praxis zu unnötigen Belastungen, Einschränkungen und zusätzlicher Bürokratie führen, muss man das auch klar ansprechen. **Auch gegen eine überbordende Flächen- und Landesgesetzgebung darf man nicht einfach den Kopf einziehen.**

Gesetze werden von Menschen gemacht – und Gesetze können von Menschen auch wieder geändert werden.

Dafür braucht es Gemeinderäte, die den Mut haben, ihre Stimme zu erheben und nicht nur abzunicken, was von oben vorgegeben wird.

Wir brauchen mehr Selbstbewusstsein und weniger blinden Gehorsam gegenüber Land und Bund. Wer gewählt wurde, um die Interessen der Bürger zu vertreten, muss auch bereit sein, für diese Interessen einzustehen.

Veränderung beginnt dort, wo jemand den Mut hat, Nein zu sagen.

Unser Ziel bleibt:
Eine Gemeinde,
in der alle Bürger gleichbehandelt werden, in der Entscheidungen transparent getroffen werden und in der mit dem Geld der Bevölkerung verantwortungsvoll umgegangen wird.

Politik muss den Bürgern dienen

Auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene erleben viele Menschen eine zunehmende Belastung durch:
- steigende Steuern,
- höhere Abgaben,
- mehr Bürokratie,
- immer neue Vorschriften und
- zusätzliche finanzielle Belastungen.

Gleichzeitig wurden den Bürgern Entlastungen versprochen:
- **„Arbeit muss sich lohnen."**
- **„Mehr Netto vom Brutto."**

Viele Bürger erwarten daher zu Recht einen **sparsamen, wirtschaftlichen und verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln.**

Was für einen privaten Haushalt selbstverständlich ist, muss auch für eine Gemeinde gelten: **Man kann nur das ausgeben, was tatsächlich vorhanden ist.**



Radweg

Die Voraussetzungen haben sich in den vergangenen Jahren wesentlich verändert.

Die Trasse für einen möglichen Radweg **Iglau – Donau** wurde bereits vor rund zehn Jahren in Betracht gezogen. Die damaligen Überlegungen entsprechen jedoch nicht mehr der heutigen Situation. Der geplante Radweg Richtung Donau beziehungsweise eine Verbindung über die ehemalige Bahntrasse wurde mittlerweile an anderer Stelle umgesetzt. Aus unserer Sicht besteht daher kein ausreichender Bedarf mehr für die ursprünglich angedachte Radstrecke.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass die angrenzenden Gemeinden – unter anderem **Gutenbrunn, Martinsberg und Ottenschlag** – kein Interesse am Erwerb dieser Bahntrasse gezeigt haben.

Ohne eine gemeinsame Lösung und die Beteiligung der betroffenen Gemeinden ist ein Projekt dieser Größenordnung aus unserer Sicht nicht sinnvoll umsetzbar.

Darüber hinaus müssen auch die Errichtungs- und laufenden Erhaltungskosten berücksichtigt werden.

Ein Radweg verursacht nicht nur einmalige Investitionskosten. Auch Pflege, Instandhaltung und spätere Sanierungen müssen langfristig finanziert werden.

Zudem besteht bereits ein Begleitweg, der genutzt werden kann. Daher stellt sich für uns eine zentrale Frage: **Ist eine zusätzliche Radwegtrasse mit erheblichen Kosten tatsächlich notwendig und wirtschaftlich vertretbar?**

Bei Projekten dieser Größenordnung müssen nicht nur Wünsche, sondern vor allem der tatsächliche Bedarf, **der konkrete Nutzen für die Bevölkerung und die langfristigen finanziellen Auswirkungen betrachtet werden.**

Löschteich

Zum veröffentlichten Foto von „Wir Gemeinsam“ möchten wir festhalten, dass es sich **nicht um eine aktuelle Aufnahme** handelt und daher nicht die derzeitige Situation vor Ort zeigt.

Jeder Bürger kann sich selbst ein Bild von den tatsächlichen Gegebenheiten machen.

Gerade bei öffentlichen Diskussionen sind **vollständige Informationen, Ehrlichkeit und eine sachliche Darstellung** entscheidend.

Im Unterschied zu anderen Fraktionen stellt sich die FPÖ bei jedem Projekt drei grundlegende Fragen:

1. Ist das Projekt notwendig?
2. Ist es wirtschaftlich vertretbar?
3. Ist die langfristige Finanzierung gesichert?

Beim Thema Löschteich ist festzuhalten, dass wir uns lange für die Errichtung eines Badeteiches eingesetzt haben.

Dieses Projekt hätte jedoch Kosten von **ca. 700.000 Euro** verursacht. Zusätzlich wären die Vorgaben der niederösterreichischen Badehygieneverordnung einzuhalten gewesen, was die Umsetzung erheblich erschwert und verteuert hätte.

Die FPÖ hat alle Möglichkeiten geprüft, um eine Kombination aus Löschwasserteich und Badeteich zu ermöglichen.

Aufgrund der derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist diese Lösung jedoch nicht vorgesehen. Daher ist es aus unserer Sicht nachvollziehbar, dass dieses Projekt unter den derzeitigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen nicht weiterverfolgt werden kann.

Wenn eine Gemeinde ihren Bürgern attraktive Einrichtungen bieten möchte, müssen dafür auch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Sinnvolle Projekte dürfen nicht an immer komplizierteren Vorschriften und überbordender Bürokratie scheitern.

Es braucht wieder mehr **Augenmaß, Eigenverantwortung und Entscheidungen mit Hausverstand.** Leider sind es die Bürger, die die Auswirkungen dieser Rahmenbedingungen tragen müssen und dadurch auf manche sinnvollen Angebote verzichten müssen.

Ein Löschwasserteich wird unter den derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen eben nicht automatisch zum Badeteich.

Genau deshalb braucht es eine ehrliche Diskussion über Sinn, Zweck, Kosten und gesetzliche Vorgaben.

Nur auf Basis von **Fakten, Transparenz und einer ehrlichen Darstellung** können vernünftige Entscheidungen im Interesse unserer Gemeinde getroffen werden.

Dafür steht die FPÖ Großgöttfritz!



Energiepolitik im Waldviertel:

Viel Ökostrom – aber das System gerät ins Wanken

Das Waldviertel und ganz Niederösterreich gelten als Vorzeigeregionen der Energiewende. Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik liefern bereits heute einen Großteil des Stroms. Doch gerade hier zeigt sich besonders deutlich, wo die Energiepolitik der letzten Jahre – geprägt durch die letzten Regierungen samt Klimahysterie – an ihre Grenzen stößt.

Der Ausbau erneuerbarer Energie erfolgte rasant. Niederösterreich produziert einen erheblichen Anteil des österreichischen Solarstroms, zehntausende PV-Anlagen speisen in das Netz ein. Möglich gemacht wurde das durch massive Förderungen im Rahmen des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes. Gleichzeitig wurden funktionierende Heizsysteme im Zuge des Heizkesseltauschs mit Förderquoten von bis zu 75 % – in manchen Fällen sogar 100 % – ersetzt. Parallel dazu wurde die Einspeisung von überschüssigem Strom für private Haushalte finanziell attraktiv gemacht.

Doch genau hier beginnt das Problem: Produktion wurde gefördert, das System dahinter nicht. Speicherlösungen wurden lange vernachlässigt, der Netzausbau blieb zurück. Heute sprechen Experten offen von Engpässen – Anlagen warten auf Anschluss, Einspeisung wird teilweise eingeschränkt, weil „zu viel Strom im Netz“ ist.

Die Folge ist ein energiepolitisches Paradoxon: Zuerst wurde das Einspeisen gefördert, jetzt wird es begrenzt. Gleichzeitig sollen Verbraucher über variable Tarife ihren Stromverbrauch in die Mittagsstunden verlagern – zwischen 10-16 Uhr. In der Realität stehen viele Elektroautos zu dieser Zeit jedoch nicht zuhause, sondern am Arbeitsplatz. Gleichzeitig treten bereits negative Strompreise auf – ein klares Zeichen für ein aus dem Gleichgewicht geratenes System.

Auch beim Ausbau der Windkraft wächst der Druck. Länder und Gemeinden werden zunehmend zu raschem Handeln gedrängt. Für viele Regionen – auch im Waldviertel – bedeutet das weniger Mitsprache vor Ort und mehr Vorgaben von oben.

Nun versucht die Politik gegenzusteuern: Speicherförderungen werden ausgeweitet, teils auch für größere Kapazitäten bis etwa 30 kWh. Teilweise werden sogar eigenständige Speicherlösungen diskutiert. Doch aus Sicht der Freiheitlichen sind das nachträgliche Reparaturmaßnahmen statt strategischer Planung.



NAbg. StR Alois Kainz
Bezirksparteiobmann

Das zentrale Versäumnis bleibt: Der Netzausbau wurde nicht rechtzeitig mitgedacht. Ohne leistungsfähige Infrastruktur kann der produzierte Strom weder gespeichert noch dorthin transportiert werden, wo er gebraucht wird. Das gilt nicht nur fürs Waldviertel, sondern fürs gesamte Bundesgebiet.

Das Waldviertel zeigt exemplarisch, was passiert, wenn Energiepolitik einseitig auf schnellen Ausbau setzt. Es entsteht ein Überangebot an Strom, das mangels Netzinfrastruktur nicht sinnvoll genutzt werden kann. Für die FPÖ ist klar: Nicht der Ausbau erneuerbarer Energie ist das Problem – sondern eine Politik, die ideologisch vorgeht und zentrale Faktoren wie Netze, Speicher und regionale Realität zu spät berücksichtigt.

NAbg. StR Alois Kainz